

Verein zur Förderung des juristischen Referendariats in Mecklenburg-  
Vorpommern e.V. • Arsenalstraße 9 • 19053 Schwerin

## Den Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren in Mecklenburg-Vorpommern

**Verein zur Förderung des juristischen  
Referendariats in Mecklenburg-  
Vorpommern e.V.**

Arsenalstraße 9  
19053 Schwerin  
referendariat@jurref-mv.de  
www.jurref-mv.de

Sitz: Rostock

Telefon:  
+49 157 52086182 (Hahmann)  
+49 176 32233538 (Kirschner)  
+49 176 21848680 (Krupko)  
+49 152 21585985 (Wieck)  
+49 173 3058678 (Windt)

## Antrittsgespräch im Justizministerium

Rostock, den 21.01.2022

Liebe Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare,

am 12. Januar 2022 haben wir das Antrittsgespräch mit der neuen Justizministerin Frau Jacqueline Bernhardt geführt. Ebenfalls teilgenommen haben an diesem Gespräch der Staatssekretär Herr Straetmanns, die Präsidentin des Landesjustizprüfungsamtes Frau Janke, die Mitarbeiterin des Landesjustizprüfungsamtes Frau Dr. Wendt als Nachfolgerin von Herrn Dr. Fiedler sowie der persönliche Referent von Frau Bernhardt Herr Smolka.

Gerne möchten wir Euch über den Inhalt dieses Gesprächs informieren:

- 1. Zukünftige Personalgewinnung:** Die Justizministerin begann das Gespräch mit der Frage, was uns persönlich gut im Referendariat in Mecklenburg-Vorpommern gefallen habe. Hier nannten wir insbesondere die überschaubaren Strukturen und die kurzen Dienstwege und betonten, dass hierin auch eine Chance für Mecklenburg-Vorpommern liegt. Auch die kurze Wartezeit und die Vergütung, verbunden mit den geringeren Lebenshaltungskosten, führten wir auf. Die Justizministerin zeigte sich sehr interessiert an unserem Feedback und betonte, dass ihr die Personalgewinnung und das Halten der Referendar:innen im Land ein großes Anliegen seien.
- 2. Personalvertretung:** Als zweiten Themenkomplex gingen wir auf die Personalvertretung für Rechtsreferendar:innen ein und erläuterten unsere Vorarbeit zu diesem Thema: In einem von uns durchgeführten bundesweiten Vergleich haben wir festgestellt, dass Mecklenburg-Vorpommern das einzige Bundesland ohne eigene Personalvertretung ist. Als ersten Schritt hat der Verein AG-Sprecher:innen in jedem Einstellungstermin und an jedem Standort eingeführt. Als Beispiel einer gut organisierten Vertretung haben wir Hessen angeführt; dort gibt es gesetzlich geregelt AG-Sprecher:innen in den jeweiligen AGs und Landessprecher:innen als nächsthöhere Ebene, die an die jeweiligen Landgerichtsbezirke

angegliedert sind (gut nachzulesen unter: [https://vdrh.org/wp-content/uploads/2021/04/2021\\_04\\_27-Startinfo-Referendariat-Hessen-April-2021.pdf](https://vdrh.org/wp-content/uploads/2021/04/2021_04_27-Startinfo-Referendariat-Hessen-April-2021.pdf)).

Auf die Rückfrage der Justizministerin, ob wir ein solches Modell auch für Mecklenburg-Vorpommern empfehlen würden, bejahten wir dies grundsätzlich, betonten jedoch auch, dass wir aufgrund der kleineren Strukturen hier im Land eine Anbindung an das Oberlandesgericht und nicht an die Landgerichte für sinnvoll erachten. Zunächst soll am jetzigen Modell der AG-Sprecher:innen festgehalten werden.

- 3. Pandemiebedingter Nachteilsausgleich:** Auch wenn unser Vorhaben des pandemiebedingten Nachteilsausgleichs bereits letztes Jahr durch die endgültige Absage von Herrn Dr. Fiedler gescheitert war, wollten wir dieses Thema noch einmal bei der neuen Ministerin anbringen und zum Anlass nehmen, grundsätzlich über einen kostenlosen Zweitversuch im zweiten Examen zu sprechen – einen solchen gibt es insbesondere in Bayern.

Wir erläuterten zunächst unser damaliges Vorgehen und gaben einen kurzen, beispielhaften Überblick über einige der entstandenen Nachteile. Insbesondere betonten wir, dass ein kostenloser Zweitversuch in Rheinland-Pfalz aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen gewährt wurde und dass beispielsweise in Bremen Schulungen für AG-Leiter:innen zum Thema Online-Lehre stattgefunden haben.

Frau Janke berichtet ihrerseits über das damalige Vorgehen, welches mit einem Bericht des Oberlandesgerichts abgeschlossen wurde, wonach es keine Einschränkungen für die Referendar:innen in der Ausbildung gegeben habe.

Die aus unserer Sicht einseitigen Ermittlungen des OLG zum Thema Ausbildungseinschränkungen haben wir an dieser Stelle moniert. Frau Janke betonte außerdem, dass Rheinland-Pfalz das einzige Bundesland gewesen sei, in welchem es einen kostenlosen Zweitversuch gegeben habe. Sie erkundigte sich jedoch auch bei uns, ob wir der Meinung seien, dass ein wesentlicher Unterschied zu anderen Bundesländern darin liege, dass in Mecklenburg-Vorpommern keine Schulungen oder sonstige (technische) Unterstützung für AG-Leiter:innen geboten worden sei – dies bejahten wir.

Schließlich berichtete uns die Justizministerin, dass es bereits einen Gesetzesentwurf für eine einmalige Corona-Sonderzahlung in Höhe von 650€ für alle Referendar:innen gebe. Voraussetzung solle sein, dass das Ausbildungsverhältnis noch mindestens bis zum 29. November 2021 Bestand hatte.

Zum Abschluss dieses Themenkomplexes erläuterte Frau Janke, dass der kostenpflichtige Zweitversuch vor Jahren bereits im Parlament diskutiert worden sei und durch eine gesetzgeberische Entscheidung eingeführt wurde.

- 4. Ausbildungspläne:** Unsere Idee der Ausbildungspläne haben das Justizministerium und das Landesjustizprüfungsamt zwar als nachvollziehbares Anliegen verstanden, betonten jedoch auch, dass hierfür ein Dialog mit allen Ausbildungsstellen und insbesondere mit dem Oberlandesgericht notwendig sei. Die Einführung von Ausbildungsplänen sei bereits thematisiert worden, die Meinungen hierzu gingen jedoch sehr weit auseinander.

Uns war es wichtig zu betonen, dass wir nicht zwingend für verbindliche Ausbildungsvorgaben stehen, sondern bereits Richtlinien begrüßen würden, die zumindest eine Orientierung in Art und Anzahl der Akten geben. Dies minimiert unserer Ansicht nach den „Zufallsfaktor“ in der Ausbildung und kann auch insbesondere für junge Ausbilder:innen hilfreich sein.

Auch hoben wir hervor, dass einzelne Ausbildungsinstanzen bereits Ausbildungspläne verwenden (VG Schwerin) und andere hierfür zumindest offen sind (VG Greifswald, StA

Neubrandenburg). Es ist der offene Dialog mit dem OLG als Ausbildungsbehörde abzuwarten.

5. **Frauenförderung:** Die Justizministerin griff dieses Thema von sich aus auf und zeigte ein besonderes Interesse an dieser Projektgruppe, da die Gleichstellung ebenso zu ihrem Ressortbereich gehört. Sie sagte zudem ihre Unterstützung zu und bot sich explizit als Förderin an.

Wir stellten die Arbeit der entsprechenden Projektgruppe vor und gingen hierbei insbesondere auf das Mentoring-Programm und den regelmäßig geplanten, pandemiebedingt bisher jedoch einmalig veranstalteten Stammtisch ein.

Frau Janke erkundigte sich außerdem, ob bei uns im Verein das „Teilzeitreferendariat“ für (werdende) Eltern schon einmal thematisiert worden sei. Dies war so explizit zwar noch nicht der Fall. Wir haben in diesem Kontext jedoch auf den von der Frauenförderungsgruppe ausgearbeiteten Leitfaden zum Thema „Schwangerschaft im Referendariat“ verweisen; dieser soll zukünftig auf der Seite des Vereins online verfügbar sein, steht aber derzeit noch unter dem Vorbehalt der Abnahme durch das Oberlandesgericht.

Schließlich wies Frau Janke nochmals auf die neu eingerichtete Ombudsstelle für Rechtsreferendar:innen hin. Diese Funktion wird von der Richterin am Sozialgericht Rostock, Frau Dr. Petra Fischer-Langosch, ausgeübt. Sie steht den Referendar:innen nun als von der Ausbildung unabhängige Vertrauensperson zur Verfügung. Mehr Informationen dazu findet Ihr beispielsweise auf Instagram unter folgendem Post: [https://www.instagram.com/p/CXg0RZsIK\\_I/](https://www.instagram.com/p/CXg0RZsIK_I/).

6. **Klausurenkurs:** Der Justizministerin ist es ein persönliches Anliegen, die ökonomischen Ungerechtigkeiten zu beseitigen und so insbesondere daran zu arbeiten, dass Referendar:innen nicht gezwungen sind, auf kommerzielle Anbieter zur Übung von Klausuren zurück zu greifen.

Ausgangspunkt dieser Problemstellung war der von unserer Seite thematisierte Beschluss der Landesjustizprüfungsämter, der vorsah, dass Klausurlösungen aus urheberrechtlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung gestellt werden dürfen. Da Mecklenburg-Vorpommern aber wenig eigene Klausuren stellt und daher auf die Klausuren aus dem Ringtausch angewiesen ist, konnten die Leiter:innen der Klausurenkurse in Mecklenburg-Vorpommern die Klausuren nur noch besprechen, jedoch keine Lösungsskizzen mehr herausgeben. Das hat sich kürzlich zumindest teilweise geändert: Das Oberlandesgericht hat mitgeteilt, dass selbstgefertigte Lösungsskizzen wieder an die Referendar:innen herausgegeben werden dürfen.

Frau Janke ist sich des Problems, dass grundsätzlich zu wenig Klausuren zur Übung gestellt und keine Musterlösungen herausgegeben werden dürfen sehr bewusst. Sie hat uns mitgeteilt, dass es derzeit noch keine Lösung für dieses Problem gebe, da für einen Art „Klausurreferenten“ nicht die finanziellen Mittel gegeben seien. Man suche zudem auch nach mehr Ausbilder:innen und Prüfer:innen.

Wir haben als Verein abschließend noch auf unsere Projektgruppe „Klausurensammlung“ hingewiesen, die eine Übersicht der von früheren Jahrgängen bearbeiteten, online zugänglichen Klausuren (z.B. aus JuS, JA) anfertigt. Außerdem hat diese Projektgruppe bei der Leiterin des Klausurenkurses Rostock, Frau Dr. Limbeck, angefragt, ob Lösungen von bereits besprochenen Klausuren von uns veröffentlicht werden dürfen. Falls dem so ist, wird die Projektgruppe auch diese Klausuren bzw. Lösungen mit in die Sammlung aufnehmen und Euch zugänglich machen.

Abschließend warb insbesondere Herr Straetmanns noch einmal für die Attraktivität der Justizlaufbahn in Mecklenburg-Vorpommern. Insbesondere verwies er darauf, dass ein Wechsel zwischen den einzelnen Behörden sowie Gerichtsbarkeiten deutlich einfacher möglich sei als in anderen Bundesländern. Auch dies geben wir natürlich gern an Euch weiter!

Wir hoffen, wir konnten Euch einen guten Überblick über das Gespräch der letzten Woche geben.

Wir freuen uns über weitere Rückmeldungen, Anmerkungen und Feedback! Das Gespräch macht uns Hoffnung, dass einige Ziele zumindest vorangetrieben werden.

Freundliche Grüße

Anne Hahmann

Vincent J. Kirschner

Karl I. Krupko

Tim-Jannes Wieck

Miriam Windt